

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Einleitung.....	23
§ 1. Einführung in das Thema	23
§ 2. Gang der Untersuchung und Themeneingrenzung	27
Teil 2. Grundlegende Begrifflichkeiten.....	29
§ 1. Einleitung	29
A. Der Begriff „Stifter“.....	29
B. Der Begriff „Stiften“	30
C. Der Begriff „Stiftung“	33
I. Die herrschende Definition der Stiftung	33
II. Einwände gegen die herrschende Definition der Stiftung	34
III. Überlegungen zur neuen Definition der Stiftung.....	37
1. Die Konzipierung der Stiftung als juristische Person	37
a) Der Städel'sche Erbfall und die Beurteilung <i>Mühlenbruchs</i>	38
b) Die Ansicht von <i>Heise</i>	39
c) Die begriffliche Vervollständigung der Theorie von <i>Heise</i> durch <i>v. Savigny</i>	40
d) Zwischenergebnis	43
2. Grundlegende Überlegung: Die Stiftung = Eine juristische Person?	44
a) Das Wesen der juristischen Person.....	44
aa) Die Fiktionstheorie	45
bb) Die Theorie der Verbandspersönlichkeit.....	46
cc) Bewertung.....	46
b) Die zur Rechtsfolge „juristische Person“ führenden Tatbestände	56

aa)	Die soziologischen Elemente	58
bb)	Die rechtlichen Elemente	59
3.	Die Stiftung als „Zweckvermögen“	60
a)	Die Zweckvermögenstheorie von <i>Brinz</i>	60
b)	Versuch der Trennung der Zweckvermögenstheorie von der Personenlehre	62
c)	Die juristische Person als Rechtsträger des Zweckvermögens	64
d)	Feststellung der durch die Stiftungserrichtung herbeigeführten dinglichen Rechtslage – Übergang des Vermögens auf die Stiftung	65
§ 2.	Zwischenergebnis.....	69
Teil 3.	Die Verfassung	71
§ 1.	Der Begriff „Verfassung“	71
A.	Einleitung.....	71
B.	Definitionsversuche in der Rechtsprechung und im Schrifttum	71
I.	Rechtsprechung.....	72
1.	RGZ 73, 187	72
2.	BGHZ 47, 172.....	72
3.	BGHZ 105, 306.....	73
II.	Schrifttum.....	75
1.	Definition von v. <i>Savigny</i>	75
2.	Definition von v. <i>Tuhr</i>	75
3.	Definition von v. <i>Gierke</i>	75
4.	Definition von <i>Frommhold</i>	76
5.	Definition von <i>Lukes</i>	76
6.	Definition von <i>Ballerstedt</i>	77
7.	Definition von <i>Reuter</i>	77
8.	Definition von <i>Hadding</i>	77
9.	Definition von K. <i>Schmidt</i>	78

10. Definition von <i>P. Hahn</i>	78
11. Definition von <i>Mansel</i>	79
12. Definition von <i>Eichler</i>	79
C. Versuch der Klärung des Verfassungsbegriffs	79
D. Zusammenfassung	86
§ 2. Insbesondere die Stiftungsverfassung.....	87
A. Einleitung.....	87
B. Praktische Relevanz der Definition des Verfassungsbegriffs im Stiftungsrecht.....	89
C. Definitionsversuche im Schrifttum.....	90
I. Die herrschende Meinung	90
II. Die von der herrschenden Meinung abweichenden Ansichten.....	92
1. Die Ansicht von <i>Muscheler</i>	92
2. Die Ansicht von <i>P. Hahn</i>	93
3. Die Ansicht von <i>Hölder</i>	94
III. Zusammenfassung.....	94
D. Einheitlicher Verfassungsbegriff?	95
E. Eigener Versuch der Definition der Stiftungsverfassung.....	98
I. Betrachtung des Verfassungsbegriffs unter dem Blickwinkel der gesetzgeberischen Intention	99
1. Anlehnung an die Verfassung der Körperschaft unter Berücksichtigung der Unterschiede.....	100
2. Die Möglichkeit der Kontrolle durch das Landesgesetz als Ausgleich für das dem Stifter eingeräumte Privileg bei der Stiftungserrichtung.....	101
3. Die Stiftungsverfassung als starres Gebilde	103
4. Zusammenfassung.....	105
II. Betrachtung des Verfassungsbegriffs unter Berücksichtigung der durch die Stiftungsrechtsreform im Jahre 2002 hervorgerufenen Änderungen.....	105
1. Allgemeines zur Stiftungsrechtsreform 2002	105

2.	Die für den Begriff der Stiftungsverfassung bedeutsamen Änderungen.....	108
a)	Rechtsanspruch des Stifters auf Zuerkennung der Rechtsfähigkeit der Stiftung.....	108
aa)	Analyse der Auswirkungen	108
bb)	Grundrecht des Stifters auf Stiftung?	109
(1)	Meinungsbild vor der Modernisierung des Stiftungsrechts	109
(2)	Ansicht des Reformgesetzgebers	112
(3)	Stellungnahme	112
b)	Beibehaltung der Dreiteilung der Gesetzgebungsbefugnis hinsichtlich der Stiftungsverfassung	116
c)	Abschließende bundesgesetzliche Regelungen hinsichtlich der Errichtung einer Stiftung	117
3.	Ist § 85 BGB noch zeitgemäß?	118
a)	Grundrecht des Stifters auf Stiftung	119
b)	Gesetzgebungsbefugnis des Landesgesetzgebers hinsichtlich der Stiftungsverfassung	121
aa)	Verfassungsmäßigkeit des § 85 BGB?.....	122
bb)	Abschließende bundeseinheitliche Regelungen hinsichtlich der Stiftungsverfassung	124
cc)	Schlussfolgerung	126
4.	Auswirkungen der Rechtsreform auf das Verständnis des Verhältnisses der Stiftungsverfassung zum Stiftungsgeschäft und zur Stiftungssatzung	126
a)	Wesen des Stiftungsgeschäfts	127
aa)	Der Begriff des Stiftungsgeschäfts.....	129
bb)	Ein- oder zweiaktiges Stiftungsgeschäft?	133
cc)	Das begriffliche Verhältnis des Stiftungsgeschäfts zur Stiftungsverfassung.....	135

b)	Wesen der Stiftungssatzung.....	138
aa)	Der Begriff der Stiftungssatzung	139
(1)	Meinungsbild im Schrifttum.....	139
(2)	Stellungnahme	139
(aa)	Wortlaut.....	139
(bb)	Historie	141
(cc)	Gesetzesystematik.....	146
(dd)	Sinn und Zweck.....	148
(ee)	Schlussfolgerung	151
bb)	Konsequenzen des formell-gegenständlichen Satzungsbegriffs.....	154
(1)	Erforderlichkeit einer einheitlichen Satzungsurkunde	154
(2)	Erforderlichkeit einer separiert verfassten Satzungsurkunde?	155
(3)	Zweifel an der Tauglichkeit des Begriffs „Satzungsvorbehalt“ im Stiftungsrecht	156
cc)	Das begriffliche Verhältnis der Stiftungssatzung zur Stiftungsverfassung	157
dd)	Zwischenergebnis	158
III.	Stiftungserrichtung als „kleiner Erbfall“ – Auswirkungen auf die Definition des Verfassungsbegriffs im Stiftungsrecht?	159
1.	Die Ansicht von <i>Muscheler</i>	159
2.	Meinungsbild im Schrifttum	159
3.	Eigene Ansicht	160
a)	Methodische Klarstellung.....	160
b)	Analoge Anwendung erbrechtlicher Prinzipien im Stiftungsrecht.....	161
aa)	Planwidrige Gesetzeslücke.....	161
bb)	Vergleichbare Interessenlage?	163
cc)	Schlussfolgerung aus der analogen Anwendbarkeit erbrechtlicher Prinzipien im Stiftungsrecht	165

(1) Die Regelung über den „Zweck“ als Element der Stiftungsverfassung?	165
(2) [Exkurs] Zulässigkeit der Ermächtigung eines Stiftungsorgans zur Zweckänderung?.....	171
(aa) Meinungsbild in der Literatur	172
α. Ansicht gegen die Zulässigkeit der nachträglichen Änderung des Stiftungszwecks	172
β. Ansicht für die Zulässigkeit der nachträglichen Änderung des Stiftungszwecks	172
(bb) Eigene Ansicht.....	174
IV. Betrachtung des Verfassungsbegriffs unter besonderer Berücksichtigung der Verbindlichkeit der Verfassung.....	181
1. Einführung	181
2. Der Streit über die Rechtfertigung der Verbindlichkeit der Verfassung	182
a) Meinungsbild in der Rechtsprechung und Literatur	182
b) Eigene Ansicht.....	185
3. Die Verbindlichkeit der Stiftungsverfassung.....	191
a) Verbindlichkeit der Stiftungsverfassung nach Innen	191
b) Verbindlichkeit der Stiftungsverfassung nach Außen?.....	194
4. Ergebnis	198
§ 3. Der Begriff „Binnenverfassung“	198
A. Der Begriff „Binnenverfassung“	198
B. Folge der Festlegung der Binnenverfassung – Binnenverfassung als „Bauplan“ für die juristische Person.....	203
I. Vereinsrecht	203
II. Gesellschaftsrecht	204
III. Besonderheiten der Binnenverfassung der Stiftung	205

1.	Der weitgehende Gestaltungsspielraum für den Stifter und die Grenzen.....	206
a)	Zwingende gesetzliche Regelungen über die Binnenverfassung der Stiftung.....	206
b)	Funktionsfähigkeit der Stiftung.....	208
c)	§ 80 Abs. 2 S. 1 BGB.....	209
d)	Zulässigkeit der Binnenverfassung der Stiftung mit korporativen Elementen?.....	212
aa)	Grundsätzliches: Wesensverschiedenheit zwischen der Körperschaft und der Stiftung	212
bb)	Problemstellung.....	214
cc)	Meinungsbild.....	215
(1)	Ansicht gegen die Zulässigkeit der korporativ verfassten Stiftung.....	215
(2)	Ansicht für die Möglichkeit der korporativ verfassten Stiftung.....	218
(3)	Bewertung der Meinungen im Schrifttum.....	221
dd)	Eigene Ansicht	223
e)	Zwischenergebnis	228
2.	Gibt es eine Vorstiftung?.....	229
a)	Meinungsbild im Schrifttum.....	229
aa)	Argumente gegen die Existenz der Vorstiftung	229
bb)	Argumente für die Existenz der Vorstiftung.....	231
b)	Eigene Ansicht	232
aa)	Wortlaut der stiftungsrechtlichen Normen	232
bb)	Die Vorstiftung als Anerkennungsempfänger?	234
cc)	Entsteht wirklich keine Bindungswirkung infolge des Stiftungsgeschäfts?	235
dd)	Widerrufsrecht des Stifters	240
ee)	Zwischenergebnis	241
c)	Ergebnis.....	242

§ 4. Gestaltungsmöglichkeiten der Binnenverfassung und ihre Grenzen am Beispiel der Bestellung und Abberufung des Stiftungsvorstands	244
A. Einleitung.....	244
B. Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Bestellung des Stiftungsvorstands	247
I. Vorstandsfähigkeit.....	247
1. Der Stifter	248
2. Juristische Personen als Stiftungsvorstand?.....	249
a) Problemaufriss	249
b) Rechtslage im Vereins- und Gesellschaftsrecht.....	251
c) Versuch einer Meinungsbildung mit Hilfe erbrechtlicher Grundsätze	251
d) Stellungnahme und Lösungsvorschläge.....	253
II. Bestellungsmechanismen.....	259
1. Bestellung durch den Stifter.....	260
2. Bestellung durch Dritte.....	262
a) Stiftungsintern erfolgende Bestellungsmöglichkeiten	263
aa) Bestellung im Wege der Kooptation	263
bb) Bestellung durch weitere Stiftungsorgane	268
b) Stiftungsextern erfolgende Bestellungsmöglichkeiten	269
3. Bestellung aufgrund eines staatlichen Entscheidungsprozesses.....	274
III. Das Erfordernis eines zusätzlichen Anstellungsvertrages	276
1. Problemaufriss.....	276
2. Sinn und Zweck der Anstellung im Allgemeinen.....	277
a) Die herrschende Ansicht	278
b) Die von <i>Reuter</i> entwickelte Ansicht.....	278
c) Eigene Ansicht	279

d)	Übertragung des gewonnenen Ergebnisses auf das Stiftungsrecht.....	283
e)	Besteht der Vorbehalt der Stiftungsverfassung für die Frage der Vergütung der Vorstandstätigkeit?	283
C.	Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Abberufung des Stiftungsvorstands.....	285
I.	Besteht der Vorbehalt des Stiftungsgeschäfts für die Regelung der Abberufung des Stiftungsvorstands?	285
1.	Die herrschende Meinung	285
2.	Die Gegenansicht.....	286
3.	Eigene Ansicht	286
II.	Abberufungsberechtigter	288
III.	Zulässigkeit der jederzeitigen Abberufungsmöglichkeit im Stiftungsrecht?.....	289
1.	Die Ansicht für die jederzeitige Abberufungsmöglichkeit	289
2.	Die Ansicht gegen die jederzeitige Abberufungsmöglichkeit	289
3.	Eigene Ansicht	290
IV.	Voraussetzungen für die Abberufung eines Vorstandsmitglieds	294
1.	Meinungsbild.....	295
2.	Eigene Ansicht	295
V.	Wirksamwerden einer Abberufung.....	298
1.	Die herrschende Ansicht in der Rechtsprechung und Literatur.....	298
2.	Eigene Ansicht	299
Teil 4.	Die Binnenhaftung	301
§ 1.	Allgemeines zur Haftung.....	302
§ 2.	Begriffliche Klarstellung: Außenhaftung und Binnenhaftung	303
§ 3.	Ist die Binnenhaftung auch für Stiftungen vorstellbar?	304

§ 4. Näheres zur Binnenhaftung	306
A. Wer haftet?	306
I. Einleitung	306
II. Keine einheitliche Definition des Organbegriffs	307
III. Begriffliche Abgrenzung zwischen „Organ“ und „Organperson“	308
1. Ausgangspunkt: Der Streit zwischen der Organ- und Vertretertheorie	308
2. Eigene Ansicht	309
3. Weitreichende Folgen der Streitentscheidung zugunsten der Organtheorie	312
a) Der Begriff „Organ“	312
b) Insbesondere: Die begriffliche Trennung des Organs von den Organpersonen	314
4. Folge: Keine Haftungsfähigkeit der Organe der juristischen Person	315
IV. Zwischenergebnis	316
B. Gegenüber wem haften die Organmitglieder?	316
C. Wonach haften die Organmitglieder?	316
I. Schuldverhältnis zwischen der Stiftung und einem Organmitglied	318
1. Auswirkungen der Unwirksamkeit der Bestellung auf die Binnenhaftung	318
2. Ein organschaftliches Schuldverhältnis aus einem Anstellungsvertrag?	319
II. Pflichtverletzung auf Seiten eines Organmitglieds	322
1. Die Quellen der organschaftlichen Pflichten	322
a) Der Stiftungsvorstand	322
aa) Der Pflichtenkreis aus dem Bundesstiftungsrecht	322
bb) Der Pflichtenkreis aus den Landesstiftungsgesetzen	325
cc) Der Pflichtenkreis aus dem gewillkürten Teil der Stiftungsverfassung	326

b)	Fakultative Stiftungsorgane	326
2.	Ermessensspielraum der Organpersonen	329
3.	Überwachungspflicht bei der Ressortverteilung	331
III.	Verschulden.....	335
1.	Verschuldensformen	335
a)	Grundsätzliches	335
b)	Modifizierung der zu vertretenden Verschuldensformen	337
aa)	Anwendung des arbeitsrechtlichen Grundsatzes?	337
bb)	Modifizierung der zu vertretenden Verschuldensformen aufgrund eines Landesstiftungsgesetzes?.....	341
(1)	Meinungsstand.....	341
(2)	Stellungnahme	342
cc)	Modifizierung der zu vertretenden Verschuldensformen aufgrund der Stiftungsverfassung?.....	345
(1)	Begriffliche Klarstellung	345
(2)	Meinungsstand im Schrifttum.....	346
(3)	Eigene Ansicht	347
dd)	Modifizierung der zu vertretenden Verschuldensformen gemäß § 31a Abs. 1 BGB.....	350
2.	Sorgfaltsmaßstab	351
a)	Allgemeines	351
b)	Die Unentgeltlichkeit als ein den Sorgfaltsmaßstab minderndes Kriterium?	355
IV.	Schaden	358
V.	Haftungsausschluss durch Entlastung?	358
§ 5.	Das Haftungsprivileg nach § 31a Abs. 1 BGB für die Organmitglieder der Stiftung	360
A.	Gesetzliche Entwicklung.....	360

I.	Gesetzliche Lage bis zum Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tatigen Vereinsvornden.....	360
II.	Entstehungsgeschichte des heutigen § 31a Abs. 1 BGB.....	361
1.	Der Vorschlag von Baden-Wrttemberg.....	361
2.	Gesetzentwurf zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tatigen Vereinsvornden vom 2.6.2008.....	362
3.	Gesetzentwurf des Bundesrates zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tatigen Vereinsvornden vom 13.8.2008.....	363
4.	Stellungnahme der Bundesregierung.....	363
5.	Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses vom 22.6.2009	364
B.	Kommentierung des § 31a Abs. 1 BGB.....	364
I.	Wesentliche tatbestandliche Voraussetzungen.....	364
1.	Organmitglieder oder besondere Vertreter	364
a)	Grundstzliches	364
b)	Der Begriff „besondere Vertreter“ in § 31a BGB	364
2.	Unentgeltlichkeit oder geringe Vergtung.....	370
3.	In der Wahrnehmung ihrer (Organ-) Pflichten.....	372
II.	Rechtsfolgen.....	374
C.	Kritische Betrachtung der durch das Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tatigen Vereinsvornden eingefhrten Mglichkeit der Haftungsmilderung im Stiftungsrecht.....	376
I.	War die Einfhrung der gesetzlichen Haftungsmilderung nach § 31a Abs. 1 BGB im Stiftungsrecht berhaupt notwendig?.....	376
II.	„Systembruch“ im Stiftungsrecht?	378
III.	Vergleichbarkeit der Stellung des Vereinsvornden mit der des Stiftungsvornden	379
IV.	Passt die Haftungsmilderung in § 31a Abs. 1 BGB zum Konzept des BGB?.....	381

V.	Der alleinige Maßstab der (Quasi-) Ehrenamtlichkeit für die Haftungsmilderung.....	387
VI.	Die Unabdingbarkeit des § 31a Abs. 1 BGB im Stiftungsrecht.....	388
1.	Aktuelle Gesetzeslage.....	388
2.	Die Argumente von Burgard gegen den zwingenden Charakter des § 31a BGB im Stiftungsrecht.....	389
3.	Eigene Ansicht	390
D.	Überlegungen zur Beschränkung der Binnenhaftung in der Stiftung de lege ferenda	392
Teil 5. Zusammenfassung und Ergebnisse		395
Literaturverzeichnis		401